

Bever-Bote

Stadt-Zeitung der SPD

Ausgabe 13 / 2002

Hase und Igel



Märchenhaft wie es in Beverungen zugeht. Seit einiger Zeit nun hat auch unsere Stadt einen Ha(a)se. Bezahlt als Beigeordneter, macht er seinen Job ganz zufriedenstellend. Doch auch Beverungen hat seine Igel. Immer wenn etwas Geld kostet (und was kostet heute kein Geld?), hebt der Igel - das Loch in der Haushaltskasse - den Kopf und sagt: "Bin schon all da!" Seltensam nur, beim Igel, dass er bei der C-Partei oder bei Verwaltungsinitiativen öfters den Kopf unten lässt.

Aber wir haben ja den Bürger - der kostet nichts und wird's schon richten: bei der Straßenreinigung, beim Winterdienst,
Fortsetzung Seite 2

Es liegt in unseren Händen:

Den sicheren Weg wählen

Es ist richtig: Viele Wege führen nach Rom und alles beginnt mit dem ersten Schritt. Beim ersten Schritt mag man noch sagen, mal sehen, wohin mich der Weg führt, aber: Irgendwann muss entschieden werden, welche Richtung und welchen Weg man einschlagen will. So auch bei der Bundestagswahl am 22. September.

Die SPD steht für eine Politik der Mitte. Dies ist eine wertorientierte Politik, die Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verbindet. Gleiche Chancen für alle zu gewährleisten gehört dazu, ebenso wie die Anerkennung der vielfältigen Fähigkeiten der Menschen. Gerechtigkeit bedeutet für uns, alle auf faire Weise an den Chancen unserer Gesellschaft teilhaben zu lassen. Und sie zu Innovation und Zuversicht in die Gestaltung der Zukunft zu ermutigen. Wir sind deshalb für eine Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern, damit es Schritt für Schritt in Deutschland voran geht!

Die Richtungsänderung von 1998 war und ist richtig. Ist es nicht richtig, den Schuldenberg abzubauen und eine solide Haushaltspolitik umzusetzen? Ist es nicht richtig, Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, statt der Parole „Frauen an den Herd“ zu folgen? Ist es nicht richtig, die Sicherheit der Arbeitnehmer zu stärken statt den Abbau von Arbeitneh-

merrechten zu betreiben?

Diejenigen - CDU/CSU und FDP -, die riesige Berge von Problemen hinterlassen haben, waschen heute selbstgerecht ihre Hände in Unschuld. Im September 1982 waren „nur“ 1,5 Millionen unter Helmut Schmidt von Arbeitslosigkeit betroffen, als Kohl ging waren es 4,3 Millionen. Bundeskanzler Schröder: „Die Union hat kläglich versagt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Jetzt kommen sie wieder mit den alten Rezepten.“ Es gibt also auch Wege, die nicht zum Ziel führen.

In einer Erklärung des Zentralkomitees der Deutschen Ka-



Rainer Brinkmann, MdB, ein guter Vertreter unseres Kreises im Deutschen Bundestag

tholiken zur Bundestagswahl heißt es: „Geht wählen, engagiert euch politisch, helft mit, unsere globalisierte Welt menschlich zu gestalten - es geht um eure Zukunft! Dies ist auch die Meinung unseres MdB Rainer Brinkmann.“

Fortsetzung von Seite 1

bei der Pflege der Beete an den Straßen, beim Unkraut zupfen auf dem Friedhof. Gebühren kassieren und noch Dienste vom Bürger einfordern - das ist eine ganz schlaue Methode. Wohlwahr, das Personal vom Bauhof kann nicht alles schaffen, hier wurde abgebaut, damit das CDU-Versprechen "keine höheren Personalaufwendungen" gehalten werden konnte. Ja, so ein Hase kostet eben auch mehr als eine Möhre täglich.

Jetzt erschließt sich uns auch der Sinn des Genlabors. Will die CDU den Hasen etwa klonen lassen? Vielleicht ist der dann ebenfalls wie der Igel "all schon da!" Gelänge es dann noch, auch das Gehalt zu klonen, müsste die SPD ihre ablehnende Haltung dem Labor gegenüber doch noch aufgeben. Im Märchen mag es so etwas geben, hier in Beverungen wird wiederum der Bürger zur Ader gelassen.

Es wurde angepackt**Gute Bilanz erzielt !**

Die Union setzt auf die Vergesslichkeit der Wähler und Wählerinnen. Hat sich die Situation unseres Landes gegenüber dem, was die von Helmut Kohl geführte Regierung hinterlassen hat, nicht deutlich verbessert? So sieht die Bilanz aus:

Arbeitslose: 4,3 Millionen gab es im Jahresdurchschnitt 1998, 3,9 Millionen im Jahresdurchschnitt 2001 - ein Minus von 10 Prozent.

Langzeitarbeitslose: 1,6 Millionen gab es im Jahresdurchschnitt 1998, 1,3 Millionen im Jahresdurchschnitt 2001 - ein Minus von 15,7 Prozent.

Ältere Arbeitslose: 950 000 gab es Jahresdurchschnitt 1998, 714 000 im Jahresdurchschnitt 2001 - ein Minus von 24,8 Prozent.

Ausbildungsplätze: 1998 fehlten 12 271, 2001 gab einen Ausbildungsplatzüberschuss von 4073 (Bundesweiter Saldo)

Eingangssteuersatz der Einkommenssteuer: Er sank von 25,9 Prozent 1998 auf 19,9 Prozent 2002 (2005: sind es 15 Prozent).

Spitzensteuersatz der Einkommensteuer: Er sank von 53 Prozent 1998 auf 48,5 Prozent 2002 (2005 sind es 42 Prozent)

Kindergeld: Es stieg von 112 Euro 1998 auf 154 Euro 2002.

Aufwendungen für Familien: Sie stiegen von 40,2 Milliarden 1998 auf 59,2 Milliarden 2002.

Ausgaben für Bildung und Forschung: Der Etat stieg von 7,27 Milliarden 1998 auf 8,39 Milliarden in 2002.

Wir fragen uns - und das sollten Sie auch tun -, warum sich gerade diejenigen, die das zu ihrer Regierungszeit nicht zustande gebracht haben, nun als die angeblichen Retter der Republik aufspielen?

Weg mit den Köpfen - Jetzt: Zeigt her eure Schuhe!**Was aus der ☹ ☹ ☹-Punkte Partei wurde**

Haben Sie es auch gesehen, nicht auf die Köpfe kommt es an sondern auf die Schuhe! Da kleben sich die Vertreter einer Partei Zahlen auf die Schuhsohlen, zeigen auf die Sohlen und setzen dabei eine gewichtige Miene auf. Was soll uns das sagen? Schaut auf unsere Füße und nicht auf unsere Köpfe (und was da drin ist), denn diesmal geht es um die richtigen Füße. Wir können da nur den Rat geben, schaut ihr lieber auf die Finger!

Da ist diese Partei fast in jeder Regierung mit „gelatscht“, aber Verantwortung für die Er-

gebnisse der jeweiligen Politik will sie nicht tragen. Sie war nie beteiligt an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, obwohl sie die meisten Wirtschaftsminister stellte, nicht an der Bürokratisierung des Staates, obwohl sie bei den allermeisten Vorschriften mitgewirkt hat. Nun fordert sie lauthals, welche Ironie, deren Aufhebung. Uns stellt sich die Frage, warum hat sie das nie umgesetzt, was sie jetzt fordert?

Und dann kommt noch die Aufforderung zum „Machen, Machen, Machen“. Undifferenzier, als gäbe es die Frage nicht,

um jeden Preis? Die Bürger sollen sich nicht fragen, ob ethisch alles verantwortlich ist, was gemacht wird. Ach, das bisschen Atom- müll, diese kleinen Patente auf menschliche Gene usw., das regelt der Markt schon. Zu einer solchen Politik kann man nur sagen: Traurig, traurig traurig.

Gute Politik aber ist, das als Grichtig Erkannte zu tun und das Falsche zu lassen. Solidarisch sein heißt für uns, sich für das Gemeinwohl, für die Zukunft und für die nachfolgenden Generationen einzusetzen. Mit Verantwortung!

Familienleistungen auf die es ankommt!

Die Familienpolitik ist ein Markenzeichen der SPD-geführten Koalition. Mit ihrer Renten-Reform hat sie Eltern so gut gestellt, wie sie es noch nie waren. Endlich wird ihre Erziehungs-Leistung bei der Berechnung ihres Altersgeldes anerkannt. Darüber hinaus wurde die Situation der Familien auch in der Wohnungs-Politik verbessert. Familienleistungen auf die es ankommt.

„Riester-Rente“:

Der Staat unterstützt Eltern beim Aufbau einer zusätzlichen Eigenvorsorge besonders. Diese Zulage wird bis 2008 stufenweise erhöht: Je mehr Kinder eine Familie hat, je höher ist die Zulage. Sie beträgt ab 2008 pro Kind 185 EUR, wenn vier Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens angespart werden.

Höhere Renten für Erziehungsjahre:

Für die Rente werden die Jahre der Kinder-Erziehung (drei pro Kind bei Geburten ab 1992, eins bei früheren Jahrgängen) jetzt höher bewertet. Statt bisher 75 werden jetzt 100 Prozent des durchschnittlichen Einkommens auf dem Renten-Konto von Vater oder Mutter gutgeschrieben.

Höhere Renten für alleinerziehende Mütter und Väter:

Die Höherbewertung von Beitragszeiten gilt unabhängig vom Familienstand. Auch Alleinerziehende, die weniger als der Durchschnitt verdienen, gewinnen kräftig.

Höhere Renten für erwerbstätige Mütter:

Müttern, die wegen der Kinder-Erziehung im Beruf kürzer treten oder Teilzeit arbeiten, werden künftig nicht nur die ersten drei, sondern auch die darauf folgenden sieben Lebensjahre des Kindes auf dem Rentenkonto höher bewertet.

Kinderbonus für Witwen:

Künftig gibt es im Rahmen der Witwenrenten einen Kinderbonus. Das Geld, das für die Witwenrenten zur Verfügung steht, wird stärker zugunsten von Müttern mit Kindern eingesetzt.



Höhere Renten für nicht erwerbstätige Mütter:

Frauen, die mehrere Kinder gleichzeitig erziehen und deshalb nicht erwerbstätig sind, erhalten ein besseres Rentenkonto: Solange mindestens zwei der Kinder jünger als zehn Jahre sind, bekommt die Mutter für drei Jahre der "Mehrfacherziehung" ab 1992 eine Gutschrift wie für ein Jahr Berufstätigkeit mit durchschnittlichem Einkommen.

Höhere Renten für Mütter pflegebedürftiger Kinder:

Bis zum 18. Geburtstag des pflegebedürftigen Kindes werden die

Beiträge aus der Pflegekasse für die Pflegezeiten bei der Rentenberechnung regelmäßig höher bewertet.

Mehr Wohngeld

Diese erste gesamtdeutsche Wohngeld-Reform bringt Verbesserungen von rund 720 Millionen EUR. Die Miet-Höchstbeträge wurden im Schnitt um 20 Prozent oder 40 EUR im Monat angehoben. Familien mit mehreren Kindern werden stärker unterstützt. Jetzt erhalten etwa 420.000 weitere Haushalte Wohngeld.

Familienfreundliches Mietrecht:

Das neue Mietrecht erhält gerade auch für Familien preisgünstigen Wohnraum: Mieten dürfen binnen drei Jahren nur noch um höchstens 20 Prozent erhöht werden (früher 30 Prozent).

Bausparförderung:

Diese prämiengünstigen Höchstbeträge für Ledige und Verheiratete betragen jetzt jährlich 512 / 1.024 EUR bei Einkommensgrenzen von 25.600 / 51.200 EUR des zu versteuernden Jahres-Einkommens.

Mehr Förderung des Wohneigentums:

Seit 1. Januar 2000 konzentriert sich die Förderung durch die Eigenheimzulage noch stärker auf Familien. Die Einkommensgrenzen erhöhen sich mit jedem Kind, das im eigenen Haushalt lebt und für das man im Jahr des Einzugs einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld erhält.

Auf diesem Weg werden wir konsequent weitergehen!

SPD-Anträge im Bezirksausschuss

Verbesserungen im Straßenverkehr

Zwei Anträge der SPD in Beverungen hatten in der letzten Bezirksausschusssitzung das Ziel, Verbesserungen im innerstädtischen Straßenverkehr erreichen. Nachdem die Straßen "Theodor-Roeingh-Str." und "Stadtgraben" als Einbahnstraßen eingerichtet wurden, sei eine bessere Verkehrsführung zustande gekommen.

Zu gefährlichen Verkehrssituationen kommt es jedoch, wenn im Bereich "Stadtgraben" parkende oder kurz abgestellte Pkws stehen. Vorbeifahrende Fahrzeuge müssen so den ange-

deuteten Fußweg an der nördlichen Seite überfahren, wodurch Fußgänger, besonders Mütter mit Kinderwagen, stark bedrängt werden können. Hinzu komme, dass die Rechts- und Linksabbieger sich nebeneinander aufstellen können, was die verkehrliche Übersicht erheblich erschwere. Die SPD schlug deshalb vor, ein absolutes Halteverbot an der Fußgängerseite einzurichten.

Ebenso möchte die SPD in Beverungen auf der Bundesstraße 83, vor den jeweiligen Ampelanlagen (Benkel u. Stadtgraben), im nötigen Abstand zur

Ein- und Ausfahrt, auf der Fahrbahnoberfläche eine Haltemarkierung anbringen lassen, da die Verkehrszeichen ("Bei Rot hier halten") unzureichend beachtet werden. Aus Sicht der SPD werden Haltemarkierungen besser beachtet. Auch dies würde das Ein- und Ausfahren auf die Bundesstraße wesentlich verbessern und diene somit der Verkehrssicherheit.

Der Bezirksausschuss Beverungen beschloss, dass bei der nächsten Verkehrsschau die Umsetzung dieser SPD-Anträge überprüft werden sollen.

SPD Beverungen ergriff Initiative für sachgerechte Pflege

Zustand des Waldfriedhofes beklagenswert

Vorweg: Der Zustand des Waldfriedhofes ist beklagenswert. Vorsprachen der Bürger in der Verwaltung blieben ohne Erfolg. Bei einer Ortsbegehung machte sich die SPD ein Bild vom Friedhof und seinen Anlagen. Die SPD wollte im Bezirksausschuss Beverungen wissen, wer für die Pflege und Unterhaltung des Waldfriedhofes verantwortlich ist, wie oft Pflegemaßnahmen durchgeführt werden. Ebenso wies sie auf ungepflegte Gräber, den Gefahrenpunkt der Treppen und losen Trittplatten sowie den mangelnden Rückschnitt von Bäumen und Sträuchern hin.

Die Verwaltung antwortete: Kein Personal beim überlasteten Bau-

hof und kein Geld für neues Personal. In der Tat, gerade bei den städtischen Arbeitern wurde kräftig eingespart.



Ein Blick in die Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung zeigt, welche Leistungen die Stadt mit den von den Bürger zu zahlenden Gebühren zu erbringen hat. So steht dort u.a. geschrieben: Die Unterhaltung und Pflege der Friedhöfe, die Überprüfung der Verkehrssicherheit und der baulichen Anlagen. Klar, wer Gebühren erhebt, muss die damit verbundene Pflegeleistung

und Erhaltungsarbeiten auch erbringen. Friedhofspflege ist also eine **Pflichtaufgabe**. Das Äquivalenzprinzip verbietet ein Miss-

verhältnis zwischen Leistung und Gebühren. Das gilt auch in Beverungen.

Über Nacht geschah dann ein Wunder. Am Tag nach der Bezirks-

ausschuss-Sitzung rückte eine Kolonne des Bauhofes aus, um Pflege- und Rodungsmaßnahmen auf dem Friedhof in Angriff zu nehmen. Und noch ein Wunder geschah: Eine Stelle als Gärtner wurde ausgeschrieben! Woher kommt denn so plötzlich das Geld für den Gärtner und der schnelle Einsatz des Bauhofes? Da wird man doch nachfragen müssen!



Stolz und mächtig steht die Burg Beverungen an der Weserbrücke.

Bilder aus unserer Heimat 2. Folge

Die „Burg Beverungen“ und die schönen Fachhäuser in der „Burgstraße“ sind Zeugnisse einer traditionsreichen Stadtgeschichte. Sie sind die Dokumente einer mehrhundertjährigen Geschichte unserer Stadt und spiegeln Bedeutung und Lebensstil unserer Vorfahren wider. Diese Gebäude zu erhalten und zu schützen ist die historische Aufgabe unserer Zeit. Gehen wir also pfleglich mit den Zeugen unserer Vergangenheit um - im Interesse unserer Zukunft!



Sie haben wieder einen Platz im Bewußtsein der Menschen, die Fachwerkhäuser.

Ortsdurchfahrt Herstelle: Jetzt müssen alle an einem Strang ziehen

Zeitverlust schwer aufzuholen

Direkt nach dem Schützenfest in Herstelle am 9. Juli sollten eigentlich die geplanten Kanalarbeiten an der B83 in Herstelle beginnen. Doch der Baustart verzögerte sich um einige Wochen aus verschiedenen Gründen, da es unter anderem Uneinigkeiten zwischen der geplanten Umgehungsrouten der Stadtwerke durch hessische Gemeinden mit den zuständigen hessischen Behörden gab.

Vorgesehen war eine Teilsperierung der Heristalstraße vom 9. Juli bis zum 1. August, ab diesem Zeitpunkt sollte bereits die Vollsperrung bis zum 31. Oktober in Kraft treten. Als Umleitung war die Strecke Haarbrück - Langenthal - Helmarshausen ausersehen worden. Eigentlich war der frühe Baubeginn als besonders wichtig erachtet worden, um den Schwerlastverkehr vor dem Winternbruch wieder aus der Bergregion ins Flachland zurückzu-

führen. Ein sinnvoller Gedanke.

Die Stadtwerke Beverungen haben nun eine andere Route über Landstraßen erarbeitet, die von Landrat Hubertus Backhaus genehmigt werden musste. Diese Maßnahme war notwendig, um sich vor Regressforderungen



Schweres Gerät wird eingesetzt, um die Kanalarbeiten zügig zu erledigen.

durch hessische Gemeinden wegen einer Beschädigung durch den Schwerlastverkehr zu schützen. War es nicht möglich, sich frühzeitig mit allen Beteiligten abzustimmen? Das hätte sicherlich dazu beigetragen, Zeitverluste zu vermeiden.

Wann nun mit einer zukünftigen Freigabe der B83 im Bereich Herstelle zu rechnen ist, lässt sich noch nicht voraussagen. Auch die Stadtwerke konnten diesbezüglich aufgrund der urlaubsbedingten personellen Situation allgemein keine Auskunft geben.

Die SPD-Herstelle fordert: Jetzt müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Eine „Winterbaustelle“ sei die schlechteste Lösung und den Anliegern schwer zumutbar. Sie hofft, dass die wettermäßigen Voraussetzungen so bestehen bleiben, dass dem zügigen Ausbau nichts im Wege stehen wird.

Unwetter zeigen: Die Natur reagiert überdeutlich / Vernunft ist gefragt

Mit Energiemix die Zukunft der Energieerzeugung sichern

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich für einen soliden Mix in der Energieversorgung Deutschlands ausgesprochen. Gesicherte Energieerzeugung sei nur durch eine Mischung unterschiedlicher Energieträger möglich. "Wir brauchen eine vernünftige Mixtur in der Energiepolitik zwischen Braun- und Steinkohle, zwischen Gas und Öl. Aber vor allen Dingen setzen wir auf den Ausbau der regenerativen Energien, weil sie ein Stück Zukunft bedeuten", sagte der Kanzler.

Bundeskanzler Schröder ist davon überzeugt, dass die energiepolitische Weichenstellung der Bundesregierung mit einem ausgewogenen Mix aus fossilen und regenerativen Energieträ-

gern weitgehend gelungen ist. Vor dem Hintergrund des Abschieds



Deutschland ist weltweit führend bei der Nutzung der Windkraft.

von der Atomenergie in Deutschland hatte er bereits mehrfach betont, dass, wer aussteigen will, auch wissen muss, wo er einsteigt.

In diesem Zusammenhang wies Bundeskanzler Schröder auf die bisherigen Erfolge Deutschlands bei der Erzeugung von Windenergie: "Deutschland ist absolut führend, sogar weltweit führend bei der Produktion von Strom aus Windkraft." Und was ökologisch verträglich sei, das werde eines Tages auch ohne direkte Förderung ökonomisch vernünftig sein, so der Kanzler. **Für uns ist klar: Die Natur reagiert überdeutlich, wie die Unwetter der letzten Wochen zeigen. Vernunft ist jetzt gefragt.**

Größeres Verkaufsangebot für Beverungen

Immer wieder kann man die Schilder lesen, in den Schaufenstern der Läden, beim Bummel durch Beverungens Lange Strasse: Totaler Räumungsverkauf - Aufgabe der Geschäfte. Wieder einer! Noch einer mehr! Mit jeder Laden-Schließung geht ein Stück wirtschaftliche Attraktivität Beverungens verloren.

Das stimmt die Kunde froh, dass die Fa. Minipreis, Salzkotten, sich auf dem ehemaligen Betriebsgelände der Fa. Buddenberg ansiedeln möchte. Auf 2000 qm Fläche bietet die "Kette" ihr Sortiment an. Das sind überwiegend Lebensmittel, aber auch Gebrauchsartikel.

In weiteren 2000 qm sollen kleinere Ladenlokale mit unterschiedlicher Angebots-Palette, aber auch andere Dienstleistungen integriert werden. Darüber hinaus besteht, bei entsprechender Nachfrage, die Möglichkeit im Dachgeschoss Wohnungen und Büros unter zu bringen.

Über das Baukonzept besteht weitgehend Übereinstimmung zwischen Behörden

**Nah bei den Menschen
Bundeskanzler
Gerhard Schröder**

und Investor. Jetzt muss ein vernünftiges Verkehrskonzept erarbeitet werden, damit die Belastung der Anwohner erträglich bleibt. Hoffentlich.



Noch sieht man die Reste der Firma Buddenberg, bis hier das neue Einkaufszentrum entsteht.

CDU riskiert höhere Kreisumlage**Weiter mit den Schulden!**

Schulden sind unerfreulich, belastend, engen Spielräume ein, ja, sind nicht selten auch ruinös. Das gilt nicht nur im Privatbereich oder in der freien Wirtschaft, sondern auch für die öffentlichen Körperschaften, Städte oder Kreise. Nun mindert sich der Ballast der Schulden, der aufgenommenen Kredite, wenn ihnen Vermögenswerte gegenüber stehen.

So wie im Haushalt des Kreises Höxter. Da stehen ca. 27 Mio Euro Kredite auf der Schulden-seite. In diesem Jahr sollen weitere 1,7 Mio. Euro dazu kommen. Aber man besitzt auch noch Vermögen: Aktien der EAM. Nun hat der Kreistag beschlossen, einen Teil seiner EAM-Aktien an die e.on-AG zu verkaufen. Erlös: 7,14 Mio Euro.

Jetzt begann der Streit. Was tun mit dem Geldsegen? Die Vernunft müsste eigentlich gebieten, mit diesem Geld die Kreis-Schulden abzubauen. "Schuldentilgung ist kein Strohfeuer", meinte der SPD-Fraktions-Chef Andreas Suermann. Und so plädierte auch seine Kreistagsfraktion für Schuldentilgung. Das hätte gleich mehrere Vorteile:

1. Man könnte auf eine weitere Kreditaufnahme von 1,7 Mio. Euro in diesem Jahr verzichten.

2. Die jährliche Zinslast würde sich um rd. 400.000 Euro verringern. Das schafft größere politische Spielräume. Zudem 3. könnte die Kreisumlage, die die Städte zu berappen haben, geringer ausfallen.

Die CDU-Mehrheitsfraktion und mit ihr der Landrat (oder auch umgekehrt) haben nun 5 Mio. Euro, je zur Hälfte für Kreis und Städte, in den Pensionsfond der Beamten eingestellt. Wenn der Landrat jetzt klagt, dass in der Vergangenheit dafür keine müde Mark zurückgelegt worden sei, ist die Frage, ob der Kreis die ausreichende Fürsorge und Vorsorge für seine Beamten in den zurückliegenden Jahren nicht sträflich verletzt habe, schon berechtigt.

Jetzt aber bleibt es bei höheren Schulden und auch höherem Schuldendienst, sprich Zinszahlungen. Für die Rücklagen bei der Beamten-Versorgung gibt es zwar auch Zinsen, aber leider erheblich niedrigere Gutschriften. Denn Zinsen auf Kredite sind eben höher als die auf Guthaben.

Die Vernunft spräche also für den Schuldenabbau. Der Kreistag mit seiner Mehrheit aber sprach sich für die Versorgungsrücklagen aus. Vernunft ohne Mehrheit - Mehrheit ohne Vernunft.

Service bei der Bundestagswahl

Die SPD Beverungen ist allen Bürgern bei dieser Bundestagswahl wiederum mit einem besonderen Service behilflich. Sie haben bereits ihre Wahlbenachrichtigung vor sich liegen und haben Schwierigkeiten? Wir helfen Ihnen dabei, ihre persönlichen Briefwahlunterlagen beim Wahlamt der Stadt Beverungen anzufordern. Und auch am Wahltag selber ist die SPD wieder, besonders für ältere und gehbehinderte Mitbürger, mit dem Wahltaxi unterwegs. Wenn sie diesen Service nutzen möchten, rufen sie uns unter der Telefonnummer 05273/4867 in der Zeit von 8 bis 15 Uhr an.

Vormerken: Mit einem lockeren Event beendet die SPD in Beverungen den Bundestagswahlkampf am Samstag, den 21. September, von 10 bis 12 Uhr, auf dem Kellerplatz.

Warmer Geldregen für Beverungen

Ei - was kommt denn da von Eder "e-on" her?, fragt sich so ungläubig wie hocherfreut der Kämmerer der Stadt Beverungen. Eine Gewerbe-Steuernachzahlung vom Kernkraftwerk für die Jahre 1993 - 1997 von nicht unbescheidenen rd. 4 Mio. Euro. Fernerhin ein wenig Zinsen: auch so etwa 1 Mio. Euro. Wenn wegen rechtlicher Unsicherheit noch Abstriche zu machen sind, bleiben dann doch sichere 3,5 Mio. Euro. Und da wird doch immer behauptet die Steuerreform der Regierung vermiese den Städten die Gewerbesteuer-Einnahmen. Wohl doch nicht !!

An unsere Wähler:

Demokratie lebt von Beteiligung!

Wählen gehen - für uns eine Frage der Bürgerehre

Der besondere Klick

www.spd Beverungen.de

www.gerhard-schroeder.de

Letzter Stand: Bau der Ortsdurchfahrt Haarbrück Unter den ersten 10 Projekten

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt Haarbrück im Zuge der Landstraße 838 ist ein dringendes Anliegen der Bürger. Schon bei der Anhörung der Bürger über den vorgesehenen Ausbau der Ortsdurchfahrt wurde einesdeutlich: Verkehrssicherheit auf der Straße und auf den Bürgersteigen

hat absolute **Ein Blick auf die Ortsdurchfahrt in Haarbrück, die zum Ausbau vorgesehen ist.** Priorität. An den Ortsein-

gängen werden deshalb Verkehrsmitteln zur Geschwindigkeitsreduzierung angeordnet.

Im Straßenausbauplan im Regierungsbezirk Detmold steht die Maßnahme unter den ersten 10 Projekten, wie wir vom Leiter des Landesbetrieb Straßenbau,

Niederlassung Paderborn, erfahren haben. Die Baukosten belaufen sich auf 0,840 Mio. Euro, der Grunderwerb auf 0,021 Mio. Euro,



ro, während die Stadt Beverungen 0,102 Mio. Euro zu tragen hat. Vor dem Bau muss die Stadt die Erneuerung des Mischwasserkanals durchführen. Johannes Spieker, Bezirksausschussmitglied, hofft nun auf baldigen Baubeginn.



Das Sommerfest der SPD-Beverungen auf dem Kellerplatz war wiederum gelungen. Gäste waren u.a. MdB Rainer Brinkmann, Bürgermeister Walter Herold und SPD-Stadtverbandsvorsitzender Eckhard Schepke. SPD-Vorsitzender Andreas Gauding freute sich über die gute Beteiligung. Im Mittelpunkt des Kinderinteresses stand natürlich die Hüpfburg und das Kasperltheater der Jugendfeuerwehr Herstelle.

Stoiber und der Wolf

Ludwig Stiegler, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion: "Wenn sich die Union um die kleinen Steuerzahler sorgt, ist das nichts anderes, als wenn ein Wolf eine Bürgerinitiative zum Schutz der Lämmer gründet."

Besser kann man es nicht auf den Punkt bringen. Stoibers Eierei zur Finanzierung der Hochwasserhilfen ist schon beschämend. Die Unions-Vorschläge bedeuten die Fortsetzung der unverantwortlichen Staatsverschuldung, die Stoibers Parteifreunde Kohl und Waigel allen Deutschen mit einem Schuldenberg von 1.500 Milliarden Mark und jährlichen 82 Milliarden Mark Zinsbelastung hinterlassen haben. Würde der Bundesbankgewinn dem Erblastentilgungsfonds vorenthalten, hieße das höhere Schuldzinsen, die wiederum durch eine höhere Verschuldung aufgebracht werden müssten. Nein Danke, Herr Stoiber!

Impressum

Herausgeber:

SPD-Stadtverband Beverungen

Verantwortlich:

Eckhard Schepke, In den Pölden 14, 37688 Beverungen, Tel. 05273 - 1590

Redaktion:

Emil Engel, Andreas Gauding, Dieter Heistermann, Sabine Künzel

E-Mail:

EmilEngel@t-online.de

Internet:

www.spdbeerungen.de

Druck:

Kübler Galerie GmbH, Industriest. 7, 37688 Beverungen